

Merkblatt zur Erhebung von personenbezogenen Daten (Informationspflicht nach Art. 13 DSGVO - Direkterhebung beim Betroffenen)

1. Kontaktdaten des Verantwortlichen

Landratsamt Unstrut-Hainich-Kreis
Fachdienst Gesundheit
Lindenhof 1
99974 Mühlhausen | Thüringen
E-Mail: gesundheitsamt@uh-kreis.de
Telefon: 03601 80-2382

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Landratsamt Unstrut-Hainich-Kreis
Behördlicher Datenschutzbeauftragter
Lindenhof 1
99974 Mühlhausen | Thüringen
E-Mail: ds@uh-kreis.de
Telefon: 03601 80-1234

3. Zweck der Datenverarbeitung

- Untersuchungen zur Übernahme in ein Beamtenverhältnis (§ 7 BeamtStG i. V. m. §§ 33 ThürBG)
- Untersuchungen zur Berufung in das Richteramt (§§ 9, 46 DRiG i.V. mit § 7 BeamtStG)
- Überprüfung der Dienstfähigkeit bei Beamten (§ 26 BeamtStG i. V. m. §§ 31 ff ThürBG) und Richtern (§§ 34, 46 DRiG)
- Überprüfung der Gewährung von Beihilfe für Kuren, Reha-Maßnahmen (§§ 28,29 ThürBhV)
- Gutachten bei Tarifbeschäftigten (§ 3 TVöD, § 3 TVL)
- Untersuchungen von Jugendlichen (§§ 32 ff JArbSchG)
- Überprüfung der Eignung als Adoptiveltern (§ 7 AdVermiG)
- Begutachtung bei Adoption (§ 1741 Abs. 1 BGB)
- Feststellung der Transport- und Reisefähigkeit (§ 60 AufenthG)
- Feststellung der Notwendigkeit gesondert anzuordnender medizinischer Leistungen (§§ 4, 6 AsylbLG)
- Gesundheitsuntersuchungen von Asylbewerbern, die nicht in der Erstaufnahmeeinrichtung untersucht wurden (§ 62 AsylG)
- Überprüfung der Haftfähigkeit (§ 455 StPO) oder Gewahrsamstauglichkeit (§ 11 Gewahrsamsordnung der Thüringer Polizei)
- Untersuchungen im Auftrag von Gerichten, u.a. Verhandlungsfähigkeit und Prozesstauglichkeit (§§ 205, 231 a StPO), Betreuung (§§ 280, 281 FamFG)
- Screening auf Substanzen für Bewährungshilfe (§ 81 StPO, §§ 58, 88 JGG)
- Untersuchungen im Auftrag der Fahrerlaubnisbehörde (§ 11 FeV)
- Gutachten im Auftrag des Sozialamtes, u.a. zu Eingliederungshilfe (§ 17 SGB IX), Erwerbsfähigkeit (§ 8 SGB II), Mehrbedarf (§ 30 SGB XII bzw. § 21 SGB II)
- Gutachten im Auftrag des Jugendamtes, u.a. zu Eingliederungshilfe (§ 35a SGB VIII), Eignung als Pflegeeltern (§44 SGB VIII)
- Feststellung der Vaterschaft (§§ 169 ff FamFG)
- Feststellung der Prüfungsfähigkeit von Kandidaten bei Staatsprüfungen (§ 7 ThürJAPO bzw. § 18 ÄApprO)
- Bescheinigung der Prüfungsunfähigkeit (§ 105 ThürSchulo)

- Bescheinigungen zur Vorlage beim Prüfungsamt einer Universität, Hochschule etc. (entsprechend der jeweiligen Vorgaben)

- Sportbefreiungen über 4 Wochen zur Vorlage bei der entsprechenden Schule (§ 6 ThürSchulo)

- Bescheinigungen zur Vorlage beim Finanzamt (§ 64 EStDV 1955)

- Bescheinigung zum Mitführen von Betäubungsmitteln (Art. 75 Schengener Abkommen)

- Impfberatung, Durchführung von Schutzimpfungen und Prophylaxemaßnahmen (§§ 16, 20, 34 IfSG)

- Bescheinigung zur Kindergeldberechtigung zur Vorlage bei der Familienkasse (§ 2 BKGG)

- Gutachten zur persönlichen Eignung (§ 6 WaffG)

4. Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt auf der Grundlage von:

Einwilligungserklärung nach Art. 9 Abs. 2 lit. a DSGVO.

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern

Gutachten, Zeugnisse usw. werden ausschließlich an den im Auftrag angegebenen Empfänger übermittelt. In den übrigen Fällen erhalten Sie das Dokument.

Bei der Durchführung von Schutzimpfungen und anderen medikamentösen Prophylaxemaßnahmen werden Daten anonymisiert zu statistischen Zwecken an das Thüringer Landesamt für Verbraucherschutz übermittelt.

6. Übermittlung an ein Drittland oder eine internationale Organisation

Ihre personenbezogenen Daten werden **nicht** an ein Drittland oder eine internationale Organisation übermittelt.

7. Dauer der Speicherung bzw. Kriterien für die Festlegung der Dauer

Unter Beachtung gesetzlicher Aufbewahrungsfristen erfolgt die Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten für die Dauer von mindestens 10 Jahren nach berufsrechtlichen Vorschriften, unter Beachtung von Spezialregelungen ggf. auch bis zu maximal 30 Jahren. Anschließend werden die Daten gelöscht. Die Daten bei Screening auf Substanzen werden ein Jahr nach Ablauf des Kalenderjahres gelöscht.

8. Rechte der Betroffenen im Rahmen der Verarbeitung

Die nachfolgenden Rechte bestehen nur nach den jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen und können auch durch spezielle Regelungen eingeschränkt oder ausgeschlossen sein.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein Recht auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DSGVO im einzelnen aufgeführten Informationen. Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die Berichtigung sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten

und ggf. die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DSGVO).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DSGVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z. B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (Recht auf Löschung).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DSGVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z. B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten Widerspruch einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann grundsätzlich nicht mehr (Art. 21 DSGVO).

Die betroffene Person hat das Recht, die sie betreffenden personenbezogenen Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten und diese Daten einem anderen Verantwortlichen zu übermitteln (Art. 20 DSGVO).

9. Recht auf Widerruf der Einwilligung bei einer Verarbeitung nach Art. 9 Abs. 2 lit. a DSGVO

Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten beruht auf einer Einwilligung (Art. 9 Abs. 2 lit. a DSGVO). Daher hat die betroffene Person das Recht, die Einwilligung jederzeit zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird. Der Widerruf kann persönlich im Amt erfolgen. Gegebenenfalls muss die betroffene Person ihre Identität nachweisen. Ab Zugang der Erklärung dürfen die Daten der betroffenen Person nicht weiterverarbeitet werden. Sie sind unverzüglich zu löschen. Die bisherige Verarbeitung bleibt jedoch hiervon unberührt (**Widerrufsrecht**). Die betroffene Person kann nicht gezwungen oder gedrängt werden, die Einwilligung zu erklären oder aufrecht zu erhalten (**Freiwilligkeit der Einwilligung**).

10. Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde

Im Rahmen der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten haben Sie das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde nach Art. 77 Abs. 1 DSGVO. Dies ist in Thüringen der

Thüringer Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Häßlerstraße 8
99096 Erfurt
E-Mail: poststelle@datenschutz.thueringen.de
Telefon: 0361 573112900

11. Gesetzliche oder vertragliche Pflicht zur Bereitstellung der Daten

Infolge der Nichtbereitstellung Ihrer Daten kann das Gesundheitszeugnis, amtsärztliche Gutachten usw. nicht erstellt bzw. die Schutzimpfung oder medikamentöse Präventionsmaßnahme nicht durchgeführt werden. Gegebenenfalls informiert der Fachdienst Gesundheit den Auftraggeber über die Nichtbereitstellung.

Eine Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten ist nicht generell gesetzlich vorgeschrieben. In den

Fällen, in denen eine gesetzliche Verpflichtung besteht, werden Sie gesondert darüber aufgeklärt.

12. Automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 Abs. 1 und 4 DSGVO

Trifft nicht zu

13. Weiterverarbeitung für einen anderen Zweck

Ihre personenbezogenen Daten werden nicht für einen anderen Zweck weiterverarbeitet als den, für den die Daten erhoben wurden.